Stand: 14.10.2026 15:32:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9704

"Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9704 vom 28.01.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11543 des GP vom 10.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11614 vom 21.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 28.01.2026 **Drucksache** 19/**9704**

Antrag

der Abgeordneten **Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Carolina Trautner CSU**,

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen orientiert. Dabei müssen die Potenziale der Digitalisierung für Entbürokratisierung, aber auch zu einer medienbruchfreien Kommunikation genutzt werden, um ein Mehr an Patientenzeit sowie eine effektivere Patientenversorgung zu generieren.

Dies umfasst v. a. nachfolgende Maßnahmen:

– Die verpflichtende Anbindung aller gesundheitsrelevanten Institutionen und Akteure an die Telematikinfrastruktur (TI), um einen medienbruchfreien sektoren- und systemübergreifenden digitalen Austausch von Informationen zu ermöglichen. Zum Beispiel: Gesundheitsämter, Jugendämter, Sozialämter und Medizinischer Dienst. Der Bundesgesetzgeber hat jeweils für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.

– Die Digitalisierung sämtlicher Informationsanforderungen an Praxen über standardisierte, digitale Prozesse zur Datenübermittlung.

– Gerade vor dem Hintergrund eines funktionierenden Primärarztsystems muss sichergestellt werden, dass relevante Patienteninformationen zeitnah vom stationären in den ambulanten Bereich kommen.

– Die Integration offener und standardisierter Schnittstellen in die Primärsoftwaresysteme unverzichtbar für die sektorenübergreifende Kommunikation im Gesundheits- und Pflegesystem. Die gesetzliche Verpflichtung für Hersteller dafür gelten bereits für den Krankenhaus- und für den Fach- und Hausarztbereich (§§ 371 ff. Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V)), fehlen jedoch für den Bereich der Pflege, der ergänzt werden soll.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob und wie die Etablierung des TI-Kommunikationsdienstes KIM (Kommunikation im Medizinwesen) im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel als verpflichtendes Kommunikationsmedium für einen digitalen Austausch im Gesundheitssystem (intra- und intersektoral) ermöglicht werden kann. Dies ist nötig, um eine Rundum-Kommunikation zu ermöglichen, was auch für Notfälle und Krisenzustände unabdingbar ist.

Begründung:

Der ambulante Sektor leistet den größten Anteil an Patientenbehandlungen in Deutschland: 97 Prozent aller Behandlungsfälle (rund 600 Mio. pro Jahr) werden in den Praxen versorgt. Dabei entfallen nur 16 Prozent der GKV-Leistungsausgaben auf die Behandlung in Arzt- und Psychotherapiepraxen (Kassenärztliche Bundesvereinigung; Stand: März 2025). Obgleich die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten tagtäglich am Limit arbeiten, werden die Praxen mit überbordender Bürokratie und teils unausgegorenen digitalen Anwendungen konfrontiert, die häufig mehr Aufwand produzieren als die früheren analogen Verfahren. Damit sich in Arzt- und Psychotherapiepraxen wieder vermehrt auf die Versorgung von Patienten konzentriert werden kann, sollte beim weiteren Ausbau digitaler Anwendungen insbesondere das Unterstützungs- und Entlastungspotenzial von Praxen, aber auch die medienbruchfreie Kommunikation im Fokus stehen.

Die TI vernetzt die Akteure im deutschen Gesundheitswesen und ermöglicht einen sektoren- und systemübergreifenden sicheren Austausch von Informationen.

Der TI-Kommunikationsdienst KIM ermöglicht den vertraulichen, sicheren und verschlüsselten digitalen Austausch von Nachrichten und medizinischen Dokumenten zwischen TI-Teilnehmern.

Ambulant tätige Ärzte und Psychotherapeuten sind zur Anbindung an die TI sowie zur Nutzung von KIM verpflichtet. Ein ganzheitlicher digitaler Austausch kann im Gesundheitswesen jedoch nur stattfinden, wenn alle Akteure mittels gesetzlicher Fristen und Sanktionen zur Anbindung an die bestehenden digitalen Infrastrukturen verpflichtet werden.

Zudem sollten zur prozessualen Beschleunigung und Entlastung im Praxisalltag sämtliche Informationsanforderungen an Praxen, die nachweislich erforderlich sind, standardisiert und digitalisiert werden (z. B. Anfragen von Krankenkassen, Medizinischen Diensten, Sozial- und Versorgungsämtern, Arbeitsämtern, Jobcentern, privaten Versicherungen, Pflegeheimen usw.). Das bedeutet eine Verpflichtung der Software-Hersteller zur Integration standardisierter Formulare die automatisch beschrieben werden können sowie die Verpflichtung aller Empfängerinstitutionen zur Annahme der Daten auf digitalem Weg.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 10.03.2026 **Drucksache** 19/**11543**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/**9704**

Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Helmut Schnotz**
Mitberichterstatter: **Roland Magerl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 10. März 2026 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.04.2026 **Drucksache** 19/**11614**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Carolina Trautner CSU**,

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/**9704**, 19/**11543**

Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen orientiert. Dabei müssen die Potenziale der Digitalisierung für Entbürokratisierung, aber auch zu einer medienbruchfreien Kommunikation genutzt werden, um ein Mehr an Patientenzeit sowie eine effektivere Patientenversorgung zu generieren.

Dies umfasst v. a. nachfolgende Maßnahmen:

– Die verpflichtende Anbindung aller gesundheitsrelevanten Institutionen und Akteure an die Telematikinfrastruktur (TI), um einen medienbruchfreien sektoren- und systemübergreifenden digitalen Austausch von Informationen zu ermöglichen. Zum Beispiel: Gesundheitsämter, Jugendämter, Sozialämter und Medizinischer Dienst. Der Bundesgesetzgeber hat jeweils für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.

– Die Digitalisierung sämtlicher Informationsanforderungen an Praxen über standardisierte, digitale Prozesse zur Datenübermittlung.

– Gerade vor dem Hintergrund eines funktionierenden Primärarztsystems muss sichergestellt werden, dass relevante Patienteninformationen zeitnah vom stationären in den ambulanten Bereich kommen.

– Die Integration offener und standardisierter Schnittstellen in die Primärsoftwaresysteme unverzichtbar für die sektorenübergreifende Kommunikation im Gesundheits- und Pflegesystem. Die gesetzliche Verpflichtung für Hersteller dafür gelten bereits

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

für den Krankenhaus- und für den Fach- und Hausarztbereich (§§ 371 ff. Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V)), fehlen jedoch für den Bereich der Pflege, der ergänzt werden soll.

– Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob und wie die Etablierung des TI-Kommunikationsdienstes KIM (Kommunikation im Medizinwesen) im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel als verpflichtendes Kommunikationsmedium für einen digitalen Austausch im Gesundheitssystem (intra- und intersektoral) ermöglicht werden kann. Dies ist nötig, um eine Rundum-Kommunikation zu ermöglichen, was auch für Notfälle und Krisenzustände unabdingbar ist.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 6)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich danke für die konstruktive Beratung und wünsche einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:24 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. März 2026 (Vf. 7-VII-26) betreffend
   Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
   1. des Art. 26 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist,
   2. „ersatzweise“ des Art. 69 BayBeamtVG „i. V. m.“ Art. 35, 36 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643), geändert worden ist, und der Anlage 5 (Orts- und Familienzuschlag) zu diesem Gesetz

   PII-3001-2-46
   Drs. 19/11565 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2026 (Vf. 8-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des Art. 31 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist
PII-3001-2-47
Drs. 19/11566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Für eine kosteneffiziente Energiewende:
Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen
Drs. 19/9258, 19/11554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpack-Pakt 2026 – Abmachungen aus dem Zukunftsvertrag Landwirtschaft 2023 endlich einlösen
Drs. 19/9371, 19/11546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Planungsbeschleunigungs- und Bürokratieabbaupaket für Infrastrukturvorhaben
Drs. 19/9386, 19/11555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten – Bayern gentechnikfrei bewahren
Drs. 19/9391, 19/11539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Thomas Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene
Drs. 19/9667, 19/11538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen
Drs. 19/9704, 19/11543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten
Drs. 19/9705, 19/11544 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Helmut Schnotz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Situation des Borna Disease Virus 1 (BoDV-1) in Bayern mit besonderem Blick auf die Gemeinde Maitenbeth im Landkreis Mühldorf am Inn und Pfaffenhofen an der Ilm.
Drs. 19/9708, 19/11545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit –
Gegen ein Sonderstrafrecht für politische Eliten und gegen staatliche Kontrolle öffentlicher Debattenräume
Drs. 19/9858, 19/11559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Doris Rauscher u.a. SPD
Kein Steuergeld für Wirtschaftsgipfel am Tegernsee –
Compliance-Prüfung in Sachen Weimer veröffentlichen!
Drs. 19/9883, 19/11556 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik: Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen
Drs. 19/9910, 19/11548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Andrea Behr, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz von Klärschlammasche als Düngemittel – „End of Waste“-Regelung vorantreiben
Drs. 19/9977, 19/11540 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teure fossile Abhängigkeiten beenden – Erdölbohrungen in Bayern stoppen
Drs. 19/9991, 19/11557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung nachhaltiger Textilkreisläufe – Bewusstseinsbildung zu "Fast Fashion" verstärken
Drs. 19/9996, 19/11541 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratieabbau beim Einweg-Kunststoff-Fonds-Gesetz (EWKFondsG) – EU-Richtlinienkonforme und mittelstandsfreundliche Auslegung durch das Umweltbundesamt sicherstellen
Drs. 19/10003, 19/11542 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!
Drs. 19/10027, 19/11459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Land für Landwirte – Doppelbesteuerung beim Vorkaufsrecht abschaffen!
Drs. 19/10054, 19/11547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leere Gasspeicher - Versorgungssicherheit in Bayern wiederherstellen
Drs. 19/10071, 19/11558

Der Antrag wird für erledigt erklärt.